

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 03.02.2014

AN/0225/2014

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	11.02.2014

Rechtsform und Handlungsmöglichkeiten der stadt eigenen Wohnungsunternehmen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, die folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung zu nehmen:

Die Stadt Köln ist mit 84,41 % der Stimmrechte der größte Gesellschafter der GAG Immobilien AG. Sie hat daher maßgeblichen Einfluss auf die Ausrichtung der GAG.

Mitte Januar berichteten die Medien über Pläne der SPD-Fraktion, die GAG Immobilien AG solle sich von der Börse zurückziehen. DIE LINKE teilt die zur Begründung vorgetragene Kritik, die GAG habe in den vergangenen Jahren deutlich zu wenig öffentlich geförderte Wohnungen gebaut.

Wir brauchen in Köln erheblich mehr mietpreisgünstige Wohnungen, und die Kölner Wohnungspolitik muss andere Wege gehen, um dieses Ziel zu erreichen. Zu dieser sozialen Wohnungspolitik muss die GAG Immobilien AG in viel stärkerem Umfang als bisher beitragen. Zweifelhaft erscheint uns jedoch die vorgetragene Diagnose, die Börsennotierung der GAG verhindere, dass die GAG mehr sozialen Wohnungsbau betreibe.

In diesem Zusammenhang bittet die Fraktion DIE LINKE um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1) Wäre die GAG Immobilien AG nach dem von der SPD propagierten „Rückzug von der Börse“ keine Aktiengesellschaft mehr?

- 2) Ist die GAG Immobilien AG tatsächlich bei jedem Projekt zur Erzielung einer „Maximalrendite“ gezwungen [Martin Börschel, SPD-Fraktionsvorsitzender] oder verfolgt sie ihrem satzungsgemäßen Auftrag folgend „breite Schichten der Kölner Bevölkerung mit sicherem Wohnraum zu sozial angemessenen Bedingungen zu versorgen“, eine „dem Gemeinwohl verpflichtete Unternehmenspolitik“ und hat „ihre ureigene soziale Verantwortung als kommunale Wohnungsgesellschaft immer im Blick“ [Jochen Ott, Vorsitzenden des Aufsichtsrates der GAG Immobilien AG, im Geschäftsbericht der GAG Immobilien AG 2012]?
- 3) Welche Möglichkeiten hat der Aufsichtsrat, der doch den Vorstand der Aktiengesellschaft bei der Unternehmensleitung berät, kontinuierlich die Führung der Geschäfte überwacht und in alle wesentlichen Entscheidungen direkt eingebunden ist, bereits in der heutigen Unternehmensform die von Martin Börschel beklagten „ungesunden Verhältnisse“ zu vermeiden?
- 4) Laut Presseberichten „sollen die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Stadt ohne – jetzt noch verpflichtende Ausschreibungen – direkt Bau-Grundstücke an die GAG vergeben kann“.
Welche Möglichkeiten hat die Stadt derzeit, der GAG Immobilien AG städtische Grundstücke zu übertragen, etwa als Kapitalerhöhung (Einlage ohne Barmittel)?
- 5) Laut Presseberichten wird über die Möglichkeit nachgedacht, „dass die Stadt neben der GAG eine zweite, eigene Gesellschaft für den Wohnungsbau gründen soll“.
Inwieweit kann der mittlerweile wieder mit dem Wohnungsamt der Stadt Köln zusammengeführte Wohnungsversorgungsbetrieb und die Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK) heute schon zu der erforderlichen Ausweitung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus beitragen?

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Jörg Detjen
Fraktionssprecher

Gez.
Gisela Stahlhofen
Fraktionssprecherin